



Neujahrsansprache von Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

1. Januar 2012

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Beim Rückblick auf das Jahr 2011 fällt nicht nur auf, wie katastrophenanfällig unsere Welt geworden ist und wie überraschend schnell sich die Dinge verändern können, sondern auch, wie langsam oftmals dringend notwendige Veränderungen herbeigeführt oder sogar wider besseres Wissen vereitelt werden.

Beispiele gibt es mehr als genug: Der verheerende Reaktorunfall in Fukushima, die tödliche Hungerkatastrophe in Afrika sowie die mörderischen Amokläufe in Norwegen und in Lüttich veranschaulichen die Katastrophenanfälligkeit.

Der arabische Frühling und die plötzliche Verschlechterung der Wirtschaftsprognosen Mitte vergangenen Jahres stehen beispielhaft für ruckartige Veränderungen.

Das lediglich durch einen Formel-Kompromiss in letzter Minute verhinderte Scheitern der Klimakonferenz in Durban sowie die zögerlichen, halbherzigen und zum Teil wirkungslosen Antworten der internationalen Staatengemeinschaft auf die eigentlichen Ursachen der weltweiten Finanz- und Schuldenkrise dokumentieren auf unrühmliche Weise die ungenügende Reaktionsfähigkeit.

Letzteres gilt auch für Europa.

Die Europäische Union hat uns in der Vergangenheit Frieden, Wohlstand und ein im weltweiten Vergleich einzigartiges System der sozialen Absicherung gebracht.

Augenblicklich steckt sie jedoch in einer ernsthaften Krise.

Die EU muss sich neu und besser aufstellen, wenn sie die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern und ihren Platz in der Welt behaupten will.

Der Dezember-Gipfel der Staats- und Regierungschefs hat wichtige Weichen gestellt, aber er ist nicht weit genug gegangen.

Die europäische Integration muss zielstrebig vorangetrieben und der Finanzspekulation resolut Einhalt geboten werden.

Und wie steht es um Belgien?

Nach einer endlos langen Regierungsbildung hat der schon fast todegeglaubte belgische Kompromiss eine Wiedergeburt erlebt und unserem Land kurz vor Jahresende eine neue Föderalregierung beschert.

Diese hat sich viel vorgenommen und muss nun ihre Handlungsfähigkeit beweisen.

Staatsreform, Haushaltssanierung und Strukturreformen sind gewaltige Aufgaben, die es in den nächsten Monaten und Jahren zu bewältigen gilt.

Was bedeutet dies alles für die DG?

Veränderungen in Europa und Belgien oder Verschlechterungen der gesamtwirtschaftlichen Lage haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Situation in Ostbelgien und in jeder der 9 Gemeinden des deutschen Sprachgebietes.

An Herausforderungen, die es zu meistern, und Hürden, die es zu bewältigen gilt, wird es 2012 weder auf Gemeinschafts-, noch auf kommunaler Ebene mangeln.

Entscheidend ist, wie wir damit umgehen.

Glücklicherweise verfügen wir mittlerweile über das REK, das im Dialog mit zahlreichen Bürgern und Einrichtungen ausgearbeitete Regionale Entwicklungskonzept, dessen 16 Zukunftsprojekte mit ihren 48 Teilprojekten und 414 Arbeitsschritten klare Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden Jahre setzen und einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Standortes Ostbelgien leisten.

Dafür sind trotz erschwelter finanzieller Rahmenbedingungen bis 2014 immerhin Mittel in einer Höhe von rund 17 Millionen Euro vorgesehen.

26 der 48 Teilprojekte befinden sich bereits finanziell in trockenen Tüchern;

150 der vorgesehenen 414 Arbeitsschritte sind schon erledigt.

Dennoch bleibt eine ganze Menge zu tun.

Das, was an Arbeit vor uns liegt, ist alles andere als banal und belanglos.

Es ist schwierig und komplex.

Es verlangt Anstrengung, Einsatzbereitschaft und handwerkliches Können.

Es kommt auf strategische Weitsicht, konsequentes Handeln und nicht zuletzt auf ein gehöriges Maß an Begeisterung an.

Eine Begeisterung, die bei vielen Ostbelgierinnen und Ostbelgiern bereits vorhanden ist, die aber noch ausgebaut werden kann und die durchaus anstecken darf und soll.

Bei der Umsetzung des REK kann jeder mitmachen, der sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen will.

Die DG als gelebte Mitmachgemeinschaft: Dafür kann man sich aus guten Gründen zu Recht begeistern.

Das gilt übrigens auch und sogar ganz besonders für die Autonomieerweiterung im Rahmen der anstehenden Staatsreform.

Dabei geht es sowohl um die neuen Zuständigkeiten, die das institutionelle Abkommen vom 11. Oktober 2011 vorsieht, als auch um die regionalen Befugnisse, deren Übertragung die DG in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung bei der Wallonischen Region eingefordert hat.

Um es in aller Deutlichkeit auf den Punkt zu bringen: Wir stehen vor einschneidenden Veränderungen, deren Tragweite und Bedeutung man ohne Übertreibung mit jenen Etappen vergleichen kann, die 1973 und 1984 stattgefunden und die jüngere Geschichte unserer Gemeinschaft entscheidend geprägt haben.

Es geht um Existenzielles, nämlich um die Überlebens- und Gestaltungsmöglichkeiten der DG im umgebauten belgischen Bundesstaat.

Wenn sich Rahmenbedingungen und Grundriss grundlegend verändern, kann und wird für uns nicht alles so bleiben, wie es einmal war.

Zu der legitimen und von allen anerkannten Fraktionen des Parlamentes getragenen Forderung nach der Übernahme aller gliedstaatlichen Zuständigkeiten mit angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten gibt es keine wünschenswerte Alternative.

Dafür haben letztendlich jene gesorgt, die sich in Flandern, der Wallonie und in Brüssel – übrigens zu Recht, wenn auch auf unterschiedliche Weise – erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass der für die Geburt des belgischen Bundesstaates notwendige, aber für dessen optimales Funktionieren untaugliche Unterschied zwischen Regionen und Gemeinschaften – wie in Flandern – von Anfang an abgeschafft wurde oder – wie im französischsprachigen Landesteil schrittweise relativiert und neutralisiert wird.

Das Belgien zu viert ist nicht nur eine Forderung der DG, es ist vielmehr und vor allem die logische Vollendung der belgischen Staatsreform.

Diesen Standpunkt teilen erfreulicherweise belgienweit immer mehr Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien.

Die DG will diesen Weg mitgehen und nicht irgendwo auf der Strecke liegen bleiben oder abgehängt werden.

Dazu sind wir *„bereit, gewillt und in der Lage“*.

Bereit, weil wir diesen Weg als den richtigen erkannt haben;

Gewillt, weil dieser Weg gut ist und beflügelnde Zukunftsperspektiven eröffnet;

In der Lage, weil dieser Weg in Kontinuität verläuft zu vier Jahrzehnten Erfahrung im direkten Umgang mit der Autonomie unserer Gemeinschaft und im indirekten Umgang mit den hierzulande vom belgischen Staat und von der Wallonischen Region ausgeübten Zuständigkeiten.

Bis zum Erreichen dieses Zieles bleibt jedoch noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Wir sind gut beraten, wenn wir wie in der Vergangenheit vorgehen: Beharrlich, im Dialog, Schritt für Schritt, pragmatisch beim Umsetzen ohne das prinzipielle Ziel aus den Augen zu verlieren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir erfolgreich sein werden und die Gestaltungsmöglichkeiten der DG erheblich ausbauen und verbessern können.

Die mittlerweile vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsgruppen Wohnungsbau und Raumordnung bestätigen diesen Optimismus ebenso wie die Resultate der gemeinsamen Sitzung der Regierungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region vom vergangenen 15. Dezember.

Unsere Aufmerksamkeit wird bei den anstehenden Verhandlungen immer gleichzeitig und parallel auf die zwei untrennbar miteinander verbundenen Dimensionen unserer Forderungen gerichtet sein: Einerseits die inhaltlichen Zuständigkeiten und andererseits die zu ihrer Wahrnehmung notwendigen angemessenen Mittel.

Beide gehören zusammen, das eine macht ohne das andere keinen Sinn.

Um finanzielle Mittel geht es übrigens auch bei einer anderen Herausforderung, die 2012 ganz oben auf der Prioritätenliste steht: Die Aufarbeitung der kurz-, mittel- und langfristigen Konsequenzen der Parameterverschlechterung auf den Haushalt der DG.

Regieren in finanziell angespannten Zeiten ist kein einfaches Unterfangen.

Es handelt sich um einen schwierigen und manchmal durchaus auch schmerzhaften Spagat.

Bei der Planung und Umsetzung der notwendigen Sparmaßnahmen behält die Regierung 4 Ziele fest im Auge:

1. die Rückkehr zum Haushaltsgleichgewicht ab 2015;
2. keine Verschlechterung des ursprünglich vorgesehenen Gesamtdefizits für die Jahre 2012 bis 2014;
3. die Konsolidierung und der punktuelle Ausbau des bestehenden Dienstleistungsspektrums;
4. die Gewährleistung genügender finanzieller Handlungsspielräume, um die Zukunftsprojekte des REK finanzieren und ab 2019 eine Infrastrukturpolitik ohne anrechenbare Anleihen führen zu können.

Ist diese Politik der Regierung Augenschere oder gar Handeln zu Lasten zukünftiger Generationen?

Genau das Gegenteil ist der Fall!

Diese Politik verbessert vor allem die Lebenschancen zukünftiger Generationen und stärkt nachhaltig den Standort Ostbelgien.

Sie führt allerdings auch zu einer bestimmten Verschuldung, die in der Tat zukünftige Handlungsspielräume in einem gewissen, aber vertretbaren Maße einschränkt.

Deshalb wurden und werden nur ganz bestimmte und besonders zukunftsrelevante Projekte über Anleihen oder PPP-Verfahren finanziert.

Und genau deshalb ist die Regierung fest entschlossen, in Anwendung der europäischen Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung eine Schuldenbremse in die Haushaltsordnung der DG einzuführen, die zu einem Verzicht auf Anleihen ab 2019 und somit zur Schuldenfreiheit ab 2038 führt.

Aus demselben Grund bemüht sich die Regierung auf vielfältige Weise, die krisenbedingte Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten.

Dies ist ihr bisher übrigens recht gut gelungen, da weder in 2009, noch in 2010 und 2011 solche Anleihen getätigt werden mussten.

Und es ist durchaus möglich, dass dies auch 2012 der Fall sein wird.

Für die Einschätzung der mittelfristigen Finanzperspektiven der DG spielt der im Jahre 2000 nach der Lambermont-Refinanzierung begonnene und mittlerweile fast abgeschlossene Abbau des Infrastrukturstaue eine entscheidende Rolle.

In diesem Zeitraum wurden 2.090 Infrastrukturprojekte mit einem Gesamtbauvolumen von etwa 500 Millionen Euro verwirklicht, an deren Finanzierung sich die DG in einer Höhe von rund 380 Millionen Euro beteiligt hat und die den Zustand der ostbelgischen Schulen, Krankenhäuser, Altenpflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Kultur- und Sportstätten, Kirchen und Gemeinschaftsinfrastrukturen nachhaltig verbessert haben.

In Zukunft wird es möglich sein, den Bestand mit einem bedeutend geringerem Investitionsvolumen zu erhalten und auszubauen.

Es wird vor allem möglich und nötig sein, einen Energieeffizienzschub anzustoßen, um einen entscheidenden Beitrag zu einer CO₂-neutralen und energieautarken DG zu leisten, so wie dies im REK angedacht ist.

Dazu bedarf es weitsichtiger Entscheidungen und angepasster Finanzierungsinstrumente, so wie sie anderswo in Belgien und Europa zum Einsatz kommen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es steht ein schwieriges Jahr bevor.

Zu übertriebenem Optimismus besteht kein Anlass, zu apokalyptischer Weltuntergangsstimmung jedoch auch nicht.

Konsequentes und ergebnisorientiertes Handeln ist angesagt.

Und zwar auf der jeweils relevanten Ebene.

Nur eingefleischte Populisten vermischen alles und führen alle Probleme auf einige vereinfacht dargestellte Ursachen zurück.

In Wirklichkeit sind die Probleme jedoch komplex und nur mit differenzierten Lösungsansätzen zu bewältigen.

Dabei müssen die verschiedenen Entscheidungsträger möglichst koordiniert vorgehen und abgestimmt handeln.

Viele Probleme lassen sich nur auf weltweiter oder zumindest auf europäischer Ebene lösen.

Andere müssen von den einzelnen Staaten angepackt werden.

Wiederum andere fallen in die Zuständigkeit der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

Auf Ostbelgien bezogen sind das die Wallonische Region, die DG und die neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets.

Letzteren stehen im Oktober diesen Jahres Wahlen ins Haus.

Ich möchte dies zum Anlass nehmen, um allen herzlichst zu danken, die in der auslaufenden kommunalen Legislaturperiode in den Kollegien und Räten der Gemeinden und ÖSHZs aktiv waren und sich zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt haben.

Dieses Engagement ist für die Zukunft unserer Gemeinschaft von großer Bedeutung.

Niemand weiß genau, was uns das neue Jahr im Einzelnen an Erfolgen und Rückschlägen, an Freude und Leid bringen wird.

Eines ist jedoch sicher: als Schaltjahr dauert 2012 einen Tag länger als üblich.

Lassen Sie uns alle gemeinsam aus den 366 Tagen des heute beginnenden Jahres das Beste machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien
im Namen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
ein erfolgreiches und glückliches Neues Jahr 2012!

Karl-Heinz Lambertz
Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens